

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Wichtigste Anzeigen**  
Für alle Fälle Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Verleger  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm  
30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Reklame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt  
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Bezirken des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhirsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von F. F. Förster & Erben (Inh. J. B. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz

Nummer 38

Freitag, den 14. Februar 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Baumeisters Richard Rudolf Fischer in  
Pulsnitz soll die Schlussverteilung erfolgen. Die gesamten Einnahmen betragen 19 805 85 RM. Hieron  
sind bereits 2530,43 RM an die bevorrechtigten Gläubiger der 1. Wertklasse und 3 219 07 RM an  
Masselasten und Massenschulden bezahlt, sodas noch 14 056,35 RM zur Verfügung stehen.

Bei der Verteilung sind zu berücksichtigen Forderungen zum Betrag von 66 848,26 RM, darunter  
3 326,68 RM bevorrechtigte. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des hiesigen Amtsgerichts  
zur Einsicht aus.  
Pulsnitz, den 12. Februar 1930

Rechtsanwalt Dr. Schröpfer, als Konkursverwalter

## Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Die Finanzminister der Länder traten heute früh 10 Uhr beim Reichs-  
finanzminister zur Besprechung laufender Finanzfragen zusammen.  
Zur bevorstehenden Mieterschutzgesetzgebung im Reichstage hat die Reichs-  
tagsfraktion der Deutschen Volkspartei einen Gesetzentwurf zur  
Regelung des Mietwesens eingebracht, der sämtliche jetzt bestehenden  
Mieterschutzgesetze ersetzen soll.  
In einem Krankenhaus in Granada (Spanien) sind infolge falscher  
ärztlicher Behandlung fünf Kinder gestorben. Sechzehn weitere  
ringen mit dem Tode.  
Wie aus Kapstadt gemeldet wird, brach dort am Donnerstag in einer  
der Hauptstraßen der Stadt ein Großfeuer aus, wobei das könig-  
liche Theater sowie zahlreiche Geschäftshäuser ein Raub der Flammen  
wurden. Der Schaden wird vorläufig auf 8 Millionen Mark  
geschätzt.

## Vertilge und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** Die Mütterberatung findet am  
Dienstag, den 18. Februar 1930, nachmittags 3—4 Uhr, im  
Rathause — 1 Treppe — statt.

(Um den Religionsunterricht) Wie aus  
Dresden gemeldet wird, hat das Volksbildungsministerium  
verordnet, daß Religionsunterricht innerhalb des Gesamt-  
unterrichts nur erteilt werden darf, wenn in der Klasse keine  
Kinder vorhanden sind, die vom Religionsunterricht abgemel-  
det worden sind. Auch hat das Ministerium einen Be-  
zirksschulrat auf Anfrage dahin beschieden, er habe darüber  
zu machen, daß die nicht vom Religionsunterricht abgemel-  
deten Kinder auch auf der Unterstufe zwei Stunden Bib-  
lische Geschichte und die vom Religionsunterricht abgemel-  
deten Kinder zwei Stunden gefinnungsbildenden Unterricht  
erhalten.

(In diesem Jahre), wo Fastnacht und Acher-  
mittwoch in den März fallen, haben Freunde von Masken-  
bällen und frühlichen Festen ausreichende Gelegenheit, sich  
des Lebens zu erfreuen — soweit dies die Verhältnisse ge-  
statten. Ein Leser schreibt nun: „Ob nicht mancher in dieser  
schweren Zeit des Guten zuviel tut? Es will scheinen, als  
habe das Verantwortungsgefühl bedenklich nachgelassen, und  
als lebten manche Menschen weit über ihre Verhältnisse.  
Diesen sei zugerufen: Lernet auch sparen! Bezahlt eure  
Schulden! Noch nie war das Volk der Denker und Dichter  
so verschuldet wie heute, wo das Borgwesen (vielmehr Borg-  
unwesen) Dimensionen angenommen hat, die Allerjüngst-  
besürchten lassen. Aus Einzelnen besteht ein Volk. Wie wäre  
es, wenn allen Verhältnissen zum Trotz jeder Einzelne den  
eisernen Voratz fassen würde: Du gibst nicht mehr aus, als  
du einnimmst! Nur auf dieser Basis ist ein Vorwärtskommen  
unserer Volksgemeinschaft möglich. Wohlgeachtet; nur auf  
dieser! Es ist der einzige Weg, der nach oben führt.“

(Vor einem Jahre. Bei 32 Grad Kälte!)  
Nun ist ein Jahr vergangen, seit die unerhörte, seit Menschen-  
gedenken nicht dagewesene Kältewelle auch über unsere Gegend  
ging, als alles im Eis erstarrte, die Not der Kreatur unge-  
heuerlich wurde und allein in Pulsnitz ein Schaden an  
den Wasserleitungen und dem Baumbestand der öffentlichen  
Parkanlagen und Straßen entstand. Wochenlang lastete die  
sibirische Kälte über dem Lande, wochenlang schien es, als  
sollte alles, was krecht und flucht, vergehen. Am furcht-  
barsten war die Kälte an den Tagen vom 9. bis 12. Febr. 1929.  
Die Temperaturkurve stürzte an diesen wenigen Tagen von  
etwa 8 Grad Celsius auf 32 Grad Celsius herab, um dann  
bis zum 17. Februar langsam wieder bis auf etwa 5 Grad  
Celsius zu steigen. Es war einfach ungeheuerlich! Alles  
seufzte unter dem Tiefstand der Temperatur, unter dem selbst-  
verständlich auch viele Menschen schwer zu leiden hatten, be-  
sonders die, um deren Kohlenkeller es knapp bestellt war

## Generalangriff gegen die „Antifaschistischen Organisationen“

### Hausdurchsuchung im Zentralbüro der Organisation — Landesverräterische Pläne entdeckt

Auch die Wirtschaftspartei lehnt den Youngplan ab — Ein amerikanisches Urteil über Wilhelm II. — Die Roggen-  
magazinierung gesichert — Das Ende des Privat-Kapitals in Rußland

Nach langen und geheimen Ermittlungen hat die Po-  
litische Polizei am Donnerstag zu einem großen Schläge  
gegen die sogenannten „Antifaschistischen Organisationen“ der  
Kommunisten, deren Zentralbüro sich in Berlin in der Münz-  
straße 22 befindet, ausgehört. Der Hauptanschlag richtete sich  
gegen das Büro der sogenannten Antifaschistischen jungen  
Garde in Berlin, wo alle Fäden der im Reich weitver-  
zweigten „Antifaschistischen Organisationen“ zusammenlaufen.  
Beamte der Abteilung IA des Polizeipräsidenten drangen  
am Donnerstag vormittag überraschend in das Büro in  
der Münzstraße 22 ein und beschlagnahmten das gesamte  
Akten- und Schriftmaterial sowie auch Bargeld in be-  
deutender Höhe. Es wird voraussichtlich ein

allgemeines Verbot der „Antifaschistischen Organisationen“  
im ganzen Reich

kommen, weil so viel Belastungsmaterial für die ungeset-  
liche Tätigkeit der antifaschistischen Organisationen von der  
Politischen Polizei zusammengetragen wurde, daß ein so-  
fortiges Einschreiten unbedingt notwendig war. — Nach  
der überraschenden Durchsuchung in der Münzstraße 22  
haben die Beamten der Politischen Polizei noch weitere vier  
kommunistische Büros in Berlin durchsucht und dort eben-  
falls wichtiges Material vorgefunden. Im preussischen  
Innenministerium fand sofort eine Sitzung statt, in der über  
das vorläufige Ergebnis der Aktion Bericht erstattet wurde.

Die sogenannten „Antifaschistischen Organisationen“  
sind nach der am 3. Mai 1929 erfolgten Auflösung des  
„Roten Frontkämpfer-Bundes“ und der „Roten Jungfront“  
ins Leben gerufen worden. Schon kurze Zeit nach der  
Gründung der antifaschistischen Organisationen tauchte der  
Verdacht auf, daß im Zentralbüro in der Münzstraße in  
Berlin

### Landesverräterische Pläne

geschmiedet werden. Im Laufe der weiteren geheimen Beob-  
achtungen hat sich dieser Verdacht immer mehr verstärkt, vor  
allem wurden in dem Zentralbüro zahlreiche Gewalttaten  
der Kommunisten vorbereitet. Soweit bisher ermittelt  
wurde, haben im Büro der „Antifaschistischen jungen Garde“  
auch geübt politische Verbrecher, die sich unter  
falschem Namen in Berlin aufgehalten haben, verkehrt.

### Nach Sabotageakten

#### wieder völlige Ruhe bei Opel.

Der Betriebsrat stellt sich zur Aufrecht-  
erhaltung der Ordnung zur Verfügung.

Rüsselsheim. Die kommunistische Aktion in den  
Opelwerken hat ein schnelles Ende gefunden. Donnerstag  
morgen war zum Beginn der Arbeit die Belegschaft der  
Opelwerke geschlossen in einer Stärke von rund 7000 Mann  
wieder angetreten. Es fehlten nur zwei- bis dreihundert  
Mann, die sich bei den Unruhen am Vortage besonders her-  
vorgetan haben. In den frühen Morgenstunden des Don-  
nerstags trat der Betriebsrat zusammen, sprach sich  
auf das schärfste gegen das Vorgehen der  
kommunistischen Arbeiter aus und stellte sich der  
Verleitung für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den  
Werken zur Verfügung.

Obwohl die Arbeit wieder in vollem Gange ist, ist die  
Bevölkerung doch noch nicht beruhigt, da sich in der Um-  
gebung noch eine Menge unruhiger Elemente umhertreibt.  
Die Bevölkerung fordert, daß die festgenommenen kommu-  
nistischen Landtagsabgeordneten Müller und Sumpf  
nicht wieder, wie nach den feinerzeitigen Wormser Unruhen,  
freigelassen werden.

Wie erst jetzt bekannt wird, haben im Laufe der kommu-  
nistischen Aktion in den Opelwerken Sabotageakte  
stattgefunden.

Unter Führung des Landtagsabgeordneten Müller dran-  
gen die Kommunisten gewalttätig in die verschiedenen Abtei-  
lungen ein und suchten unter Androhung von Gewalt die  
Arbeitswilligen aus den Räumen zu entfernen. Der nicht-  
kommunistische Betriebsratsvorsitzende, der den Eindringlin-  
gen entgegentrat, wurde mit Messern bedroht. Es  
gelang den Kommunisten, verschiedene Montagebänder und  
Dampfessel stillzulegen, so daß das ganze Werk mit Aus-  
nahme weniger Abteilungen ruhte. Die Lage wurde beson-  
ders kritisch durch den Umstand, daß am Mittwoch Lohnzah-  
lung war und über 100 000 Mark ausgezahlt werden muß-  
ten. Die Lohnzahlung ging dann unter dem Schutz der  
Polizeikräfte vor sich.

## Die Young-Gesetze dem Auswärtigen Auschuß überwiesen.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung, Donnerstag, 13. Februar.

Im Reichstag wurden am Donnerstag sämtliche Vor-  
lagen zum Young-Gesetz dem Auswärtigen und dem Haus-  
haltsauschuß überwiesen. — Der deutsch-türkische Schieds-  
gerichts- und Vergleichsvertrag wurde in erster und zweiter  
Beratung angenommen. Der deutsch-schweizerische Vertrag  
über die Regelung des Rheins und der deutsch-bulgarische  
Konjunkturvertrag gingen an die zuständigen Ausschüsse. Die  
Eingabe der Angestellten und Arbeiter der Ruhrbach-Flug-  
zeugwerke über die Sicherstellung ihrer Löhne wurde der  
Reichsregierung zur Erwägung überwiesen.

In der Debatte hielt als erster Redner der Abgeordnete  
Stöcker (Komm.)

eine Rede gegen die katholische Kirche, und zwar wegen des  
Aufrufs des Papstes gegen die Sowjetunion. Die Rede-  
wendungen des Abg. Stöcker waren so scharf, daß der Präsident  
den kommunistischen Abgeordneten mehrfach zur Ordnung rufen  
mußte. Stöcker erklärte: „Der Papst hat eine heuchlerische Bann-  
bulle (Ultrike im Zentrum) gegen Sowjet-Rußland erlassen. Der  
„Vorwärts“ des Herrn Stämpfer verbreitet die Lüge, die russische  
Botschaft habe 5000 Exemplare der „Roten Fahne“ abonniert.  
Tatsächlich bezieht die russische Botschaft nur 12, die Sowjet-  
Handelsvertretung nur 2 Exemplare. Ich nenne Herrn Stämpfer  
öffentlich einen ganz infamen Schwindler und Verleumder. (Abg.  
Stöcker erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Dr. Wendhausen (Christlichnat. Arb.-Gem.)

vermißt den amtlichen Widerruf der Kriegsschuldfrage im Haag.  
Die gesamte Reparationslast, die Deutschland auf Grund dieser  
Lüge aufgebürdet werde, sei tatsächlich auf 180 Milliarden zu  
veranschlagen. Wenn man ehrlich sein wolle, dürfe man diesen  
unersättlichen Vertrag nicht unterschreiben. Auf die Sanktions-  
klausel könne sich auch Polen berufen. Polen werde dadurch erst  
in die Lage versetzt, seine Entdeutschungspolitik in vermehrtem  
Maße fortzusetzen.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.)

nannte es eine nicht zu überbietende Frivolität der deutschen  
Delegation, daß sie die Entscheidung über Tod und Leben des  
deutschen Volkes in die Hände des Haager Schiedsgerichts bei  
der Verrechnungsklausel gelegt habe.

Damit schloß die Aussprache, und das Haus vertagte  
sich auf Mittwoch, den 19. Februar, 4 Uhr mit der  
Tagesordnung: Verlängerung des Mieterschutzgesetzes.

## Auch die Wirtschaftspartei lehnt den Young-Plan ab.

Die Wirtschaftspartei des Reichstages,  
die eine Fraktionslösung ablehnt, beschloß, den Young-Plan  
abzulehnen. Die Partei wird beantragen, die Beschluß-  
fassung so lange auszusetzen, bis die Finanzreform erledigt ist.

